

Fragestunde jetzt am Anfang

Weingarten (ml). Die auffälligste Änderung in der ersten Weingartener Gemeinderatssitzung unter Leitung von Bürgermeister Eric Bänziger war die Tagesordnung: Die Bürgerfragestunde war von der bisher letzten an die erste Stelle gerückt. Sie wird auf Empfehlung des Ältestenrates auf insgesamt 15 Minuten begrenzt, die einzelne Redezeit auf drei Minuten.

Die SPD hatte den Antrag gestellt, einen Bebauungsplan für ein weiteres Gewerbegebiet aufzustellen. Nach dem Flächennutzungsplan kommen dafür eine knapp einen Hektar große Fläche im Gewann „Sandbrügel“ in Frage und ein etwas mehr als fünf Hektar großes Areal im „Vorderen/Hinteren Sandfeld“. Claus Günther begründete den Antrag damit, der Gemeinde stünde nur noch ein einziges Gewerbegrundstück zur Verfügung, eventuelle Nachfragen könnten nicht befriedigt werden.

Fritz Küntzle (CDU), Klaus Holzmüller (FDP), Karlernst Hamsen (Grüne) und Hans-Martin Flinspach (WBB) sprachen sich zunächst dagegen aus, neue Flächen zu erschließen. „Besser die vorhandenen Gewerbebe-

Gemeinde will neue Gewerbeflächen

chen heranziehen“, „Sparsam mit Grund und Boden umgehen“, „Kein Bedarf in dieser Größenordnung“ lauteten die Argumente.

Dagegen standen die Aussagen von Gerald Lopp (CDU), Wolfgang Wehowsky (SPD) und Gerda Kirchner, die den Antrag für gut befanden. Sie argumentierten, die Gemeinde brauche Geld für ihre sozialen Belange, das könne nur über Gewerbeansiedlungen hereinkommen. Konkrete Anfragen abzuwarten könne sich die Gemeinde nicht leisten, Brachen aufzubereiten koste viel Zeit.

Bürgermeister Eric Bänziger sprach sich klar für eine neue Erschließung aus, denn auch er fand es wichtig, Flächen im Vorrat zu haben, die schnell verfügbar seien. Auf Nachfrage von Timo Martin (WBB), ob es sich um einen Aufstellungsbeschluss handle, sagte er, heute gehe es nur um einen Grundsatzbeschluss. Die Abstimmung fiel zugunsten des kleineren Gebiets „Sandbrügel“ aus, ergänzt durch einen Anteil des „Vorderen Sandfeld“ von rund einem Hektar. Zwar soll die gesamte Fläche in die Konzeption einbezogen werden, aber in zwei Bauabschnitten. Parallel dazu soll die Brache „Sägewerk“ aufgearbeitet werden. Dieser Kompromiss fand mehrheitliche Zustimmung.

„Runder Tisch“ für Schulangelegenheiten

Weingarten (ml). Einstimmig beschloss der Gemeinderat Weingarten am Montagabend, auf Antrag der „Grünen Liste“ einen „Runden Tisch“ für Schulangelegenheiten einzurichten.

Teilnehmen sollen daran Vertreter der Schulleitung, jeweils ein Mitglied der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen (inklusive der Einzelgemeinderätin), Vertreter der Gemeindeverwaltung sowie Klassensprecher und Elternbeiräte. Ziel dieser Einrichtung ist eine verbesserte Information des Gemeinderats vor dem Hintergrund der offenen Ganztageschule.

Die Gesamthonorarkosten für die Planungsleistungen eines Ingenieurbüros im Baugebiet „Kirchberg-Mittelweg“ müssen um 25 000 Euro nach oben korrigiert werden.

In den ursprünglichen Verträgen waren die Honorarkosten für das Brückenbauwerk und die Stützwände nicht enthalten. Der Gemeinderat stimmte den Vertragserweiterungen zu.

Grundbuchamt wird ausgegliedert

Weingarten (ml). Nach Mitteilung des Justizministeriums sollen die kommunalen Grundbuchämter im badischen Rechtsgebiet in die Grundbuchabteilungen der Amtsgerichte eingegliedert werden. Für Weingarten wäre das Amtsgericht Maulbronn zuständig. Für den Weingartener Gemeinderat stellte sich am Montagabend nur noch die Frage, wann dieser Umzug stattfinden soll.

Da Papiergrundbücher in den künftigen Grundbuchämtern nicht mehr bearbeitet werden, müssen diese bis zur Eingliederung in das neue Grundbuchamt digitalisiert werden. Das kann die Gemeinde selbst machen und erhält dafür eine Entschädigung von sechs Euro pro Grundbuch. Oder sie kann nur die laufenden Daten digitalisieren und überlässt die Aufarbeitung ihres Altbestands dem künftigen Grundbuchamt.

Bürgermeister Eric Bänziger schlug vor, Weingarten solle sich aus personellen Gründen für die zweite Möglichkeit entscheiden und die Ausgliederung für 2012 beantragen. Für die Gemeinde bedeutet diese Ausgliederung letztlich eine Ersparnis an Personal- und Sachkosten von jährlich 100 000 Euro.

Das Gremium stimmte dem Vorschlag einstimmig zu. Den Gemeinden bleiben so genannte Einsichtsstellen, deren Bürger Einsicht auf Grundstücksdaten und Eigentümernamen ohne Adresse erhalten können.